

06.03.2018 - 14:01 Uhr

Verlagerungsbericht 2017: Erfolg dank dem Transportgewerbe - auf dem bisherigen Weg weiter machen!

Bern (ots) -

Die Verlagerungspolitik der Schweiz macht Fortschritte, auch dank dem Beitrag des Transportgewerbes. Der Schweiz. Nutzfahrzeugverband ASTAG lehnt deshalb verstärkte Kontrollmassnahmen zulasten des Strassentransports ab. Stattdessen muss der Bundesrat bei den betroffenen EU-Staaten endlich den seit langem versprochenen und dringend nötigen Ausbau der Bahninfrastruktur einfordern.

Im alpenquerenden Transitverkehr von Grenze zu Grenze (nicht: Erstfeld-Bodio), der gemäss Artikel 84 der Bundesverfassung grundsätzlich auf der Schiene zu erfolgen hat, gewinnen die Bahnen seit 2009 anhaltend an Marktanteilen. Wie der offizielle Verlagerungsbericht 2017 - der voraussichtlich am Donnerstag im Parlament beraten wird - aufzeigt, werden mittlerweile 71 Prozent aller Güter auf der Schiene befördert.

Der Schweizerische Nutzfahrzeugverband ASTAG anerkennt deshalb den Fortschritt der bisherigen Verlagerungspolitik. Mit grossen Investitionen in geeignete Ladeeinheiten (Container, Wechselbehälter, Auflieger), mit Innovation und der Umstellung von Betriebsabläufen, primär aber mit jährlich wiederkehrenden LSVA-Zahlungen von 1,5 Milliarden Franken an Bund und Kantone für den Ausbau der Bahninfrastruktur hat das Schweizer Transportgewerbe sehr wesentlich dazu beigetragen. «Es sind notabene nicht die rotgrünen Leiterwägeli-Piloten, die Güter auf die Bahn verlagern, sondern die Transportunternehmungen», sagt ASTAG-Zentralpräsident Adrian Amstutz.

Ko-Modalität dank leistungsfähiger Infrastruktur

Vor diesem Hintergrund sind die Forderungen nach neuen Massnahmen, die gerade jetzt wieder laut werden, völlig fehl am Platz. Weder braucht es eine sogenannte Alpentransitbörse, die den freien Warenverkehr planwirtschaftlich einschränken will, noch Mindestlöhne oder verstärkte Kontrollen. Wie die Erfahrungen im Ausland zeigen, lässt sich der internationale Transitverkehr dadurch nicht aufhalten. Stattdessen gilt es den Weg weiter zu beschreiten, den das Parlament, die Bahnen und die ASTAG bereits eingeschlagen haben - hin zu einer Stärkung aller Verkehrsträger (Ko-Modalität). Voraussetzung ist jedoch, dass die NEAT-Zulaufstrecken im Ausland ausgebaut werden. «Die Schweiz hat Milliarden für die Verlagerung investiert, jetzt müssen die betroffene EU-Länder endlich ihre seit langem gemachten Versprechungen einlösen», sagt Adrian Amstutz.

Kontakt:

André Kirchhofer
031 370 85 85

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100001880/100813064> abgerufen werden.